

BRÜCKE

Sozialdemokratische Bürgerinformationen

GRÜNES LICHT FÜR BEBAUUNG AM WUPPERUFER

Altes Kaufparkgebäude wird 2020 abgerissen, auch für die Tankstelle wird dann Schluss sein

Es geht voran: Nach weiteren Planungen in den letzten Wochen billigte der Rat in der letzten Ratssitzung des Jahres einstimmig die aktuellen Planungen zum Gebäudekomplex am Wupperufer gegenüber des Rathauses. Hier sollen neben einem neuen Supermarkt auch Wohnungen geschaffen werden. Zudem eine attraktive Wupper-Promenade und ein öffentlich zugänglicher "Wuppergarten" auf dem Dach des Supermarktes mit Blick auf die Wupper. Die Autos der Kunden und der Anwohner werden in einer Tiefgarage Platz finden. Nun haben die Bürgerinnen und Bürger erneut die Gelegenheit, sich in den Prozess einzubringen und ihre Ideen und Anmerkungen bei der Verwaltung einzureichen.

Die **BRÜCKE** sprach mit dem Investor und Entwickler, dem Leichlinger Architektur- und Stadtplanungsbüro Pässler, Sundermann & Partner über den aktuellen Stand und die nächsten Schritte.



(Abb. 1) Visualisierung der geplanten Bebauung am Wupperufer: Blick vom Brückerfeld/Henley-Brücke

BRÜCKE: Können Sie uns kurz erläutern, wie die aktuellen Planungen konkret aussehen. Welche Änderungen wurden in den letzten Wochen noch aufgenommen? Worauf können sich die Leichlinger hoffentlich bald freuen?

[weiter auf Seite 2 ...](#)

THEMEN DIESER BRÜCKE

- » **Neue Kindergärten für Leichlingen** (S. 2)
- » **Geflüchtete sollen nicht isoliert am Stadtrand leben müssen** (S. 3)
- » **Ergebnisse des SPD-Bundesparteitags** (S. 3)
- » **Gastbeitrag: Reform des Berufsbildungsgesetzes kein großer Wurf** (S. 4)
- » **Modernisierung der Innenstadt: Projekte für das Integrierte Handlungskonzept** (S. 6)
- » **Verkehrskonzept: Kein Allheilmittel** (S. 7)



WIR WÜNSCHEN IHNEN
EIN FROHES FEST

*und einen guten Start
ins Jahr 2020!*

Ihre SPD Leichlingen



(Abb. 2) So wird es aussehen: Blick von der Neukirchener Str. auf den neuen Rathausplatz und die Bebauung am Wupperufer

Beteiligung: Im Zeitraum vom 13. Dezember 2019 bis zum 17. Januar 2020 besteht die Möglichkeit, sich schriftlich oder während der Öffnungszeiten der Bauverwaltung zu den aktuellen Plänen zu äußern. Die Ideen und Anmerkungen werden im weiteren Verfahren in den politischen Gremien der Stadt Leichlingen beraten.

Fortsetzung von Seite 1 ...

Pässler, Sundermann & Partner: Ein wichtiger Schritt der letzten Wochen war der Abschluss eines Mietvertrages für einen Vollsortimenter mit ca. 2.500 m² Verkaufsfläche. Damit ist sichergestellt, dass das vom Rat gewünschte Nutzungskonzept – Wiederherstellung der am Standort verlorengegangenen Verkaufsfläche und zusätzlicher Wohnraum in den Obergeschossen – umgesetzt werden kann.

BRÜCKE: Wie sehen die nächsten Schritte aus bzw. wie geht es weiter? Können Sie schon absehen, wann der Beschluss im Rat getroffen werden kann?

Pässler, Sundermann & Partner: Es ist geplant, dass parallel zur öffentlichen Auslegung

des Bebauungsplanes auch der Bauantrag eingereicht wird. Somit könnte es möglich sein, dass der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan vielleicht schon Mitte 2020 gefasst und darauf aufbauend eine Baugenehmigung erteilt werden kann. Unsere Zielsetzung ist, in der zweiten Jahreshälfte 2020 mit den baulichen Veränderungen anzufangen.

BRÜCKE: Die SPD hat immer betont, dass die begrünte Dachterrasse auf dem neuen Vollsortimenter dauerhaft und möglichst frei der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Wie stehen Sie zu diesem Wunsch der SPD-Fraktion?

Pässler, Sundermann & Partner: Der Wunsch wurde uns bereits 2017 im Rahmen der Sitzungen mit den Fraktionsvorsitzenden sehr „ans Herz gelegt“. Besonders der SPD-Fraktion war das Thema „Öffnung zur Wupper“ wichtig.

So kam es zu dem Kompromiss aus großflächiger Nutzung im Erdgeschoss und der Öffnung darüber. Wir sind also dieser Anregung gerne gefolgt und werden eine solche Zugänglichkeit für die Allgemeinheit, soweit dies mit den Interessen der zukünftigen Anwohner (z.B. Nachtruhe etc.) vereinbar ist, gewährleisten. Dies ist bereits in die jetzt in den städtischen Gremien beratenen und teilweise beschlossenen Unterlagen eingeflossen.

BRÜCKE: Vielen Dank für das Gespräch.

NEUE KiTA AN DER UFERSTRASSE GEPLANT

Leichlingen beschleunigt den Ausbau der Kindergartenplätze

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner letzten Sitzung im November beschlossen, die Trägerschaft der neu zu errichtenden Einrichtung an die Quelle e.V. zu übertragen. Der Verein ist Mitglied im Deutschen paritätischen Wohlfahrtsverband. Die Quelle e.V. wurde mit der Planung der neuen Einrichtung für mindestens vier Gruppen beauftragt. Für den Bau der Einrichtung wird ein kommunaler Investitionszuschuss von 30.000 € im Rahmen des Kita-Investitionsprogramm-NRW 2025 gewährt. Die Verwaltung wurde beauftragt die notwendigen Vereinbarungen zu treffen, damit die neue KiTa schnellstmöglich geplant und gebaut werden kann.

Beim Fortgang der Planung ist auch eine mögliche Wohnraumnutzung in einem vergrößerten Gebäude an dieser Stelle zu prüfen.

Weitere Maßnahmen sind auf den Weg gebracht:

- » Der Baubeginn der KiTa „Büschlerhof 2“ am Wilhelm-Göddertz-Weg steht unmittelbar bevor.
- » Die Planungen für die KiTa in der Balkler Aue laufen.
- » Mit Investoren finden Gespräche über den Bau einer Betriebs-KiTa statt.

Insbesondere durch Anträge der SPD-Fraktion, weitere KiTa-Plätze einzurichten, konnten konkrete Entscheidungen getroffen werden, die nun umgesetzt werden. „Wir hoffen, den dringenden und steigenden Betreuungsbedarf für Kinder unter und über 3 Jahre durch diese Maßnahmen möglichst schnell zu reduzieren“, sagt Christiane Bornmann (SPD), Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses. ■



(Abb. 3) Christiane Bornmann, SPD, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

GEFLÜCHTETE NICHT ISOLIERT AM STADTRAND UNTERBRINGEN

SPD-Fraktion fordert Verwaltung auf, Alternativen für die sanierungsbedürftige Flüchtlingsunterkunft Oberschmitte zu suchen

Die Stadt Leichlingen unterhält vier eigene Immobilien, die als Unterkunft für Asylsuchende dienen. Zurzeit wird die Unterkunft in der Friedensstraße vollständig saniert. Es ist gut, dass hier investiert und die dringend notwendige Instandsetzung nun auf den Weg gebracht wird. Für die Jahre 2021 und 2022 plant die Kämmerei und das zuständige Fachamt im Haushaltsplanentwurf 2020 die dringend notwendige Gesamtanierung der städtischen Flüchtlingsunterkunft in Leichlingen-Oberschmitte.

Mit ihrem aktuellen Antrag an den Bürgermeister möchte die SPD-Fraktion Leichlingen die Stadtverwaltung beauftragen im Haushaltsjahr 2020 alternative Standorte für Wohnraum zu ermitteln, welche in etwa der Größe und Kapazität der Flüchtlingsunterkunft Oberschmitte entsprechen. „Gerade jetzt sollte die Stadt Leichlingen die hier eingeplanten finanziellen Mittel nutzen, um Alternativen zu finden, die zumindest ermöglichen, die Unterkunft durch stadtnahen

Wohnraum zu ersetzen. Zumal der Zustand dieses Gebäudes extrem schlecht ist, so dass es fraglich ist, ob eine Gesamtanierung überhaupt im Rahmen der geplanten 1,3 Mio. Euro darstellbar wäre,“ sagt Matthias Ebecke, Fraktionsvorsitzender der SPD.

Auch wenn die Jahre 2015 und folgende gezeigt haben, dass diese Unterkunft für Geflüchtete bzw. Asylsuchende räumlich zwingend gebraucht wird, ist die SPD-Fraktion der Meinung, dass diese Unterkunft an der völlig falschen Stelle in der Stadt steht. Diese Unterkunft befindet sich in städtischer Randlage ohne Anbindung an Infrastruktur für den täglichen Bedarf. „Aus unserer Sicht ist es kein hinnehmbarer Zustand, Asylsuchende mit Kindern, mit individuellen Lebensschicksalen zum Teil aus Kriegsgebieten, in einem für sie fremden Land faktisch gesellschaftlich zu isolieren und vom städtischen Leben auszuschließen. Hier ist Integration wichtig und diese gelingt besser im innerstädtischen Bereich,“ ergänzt Ebecke. ■



(Abb. 4) Weder der bauliche Zustand, noch der Standort ist aus Sicht der SPD-Fraktion tragbar: Flüchtlingsunterkunft in Oberschmitte

MIT DER SPD – AUFBRUCH IN DIE NEUE ZEIT!

SPD-Bundesparteitag beschließt neues Sozialstaats-Konzept

Die SPD hat nach ihrem Mitgliedervotum auf ihrem Parteitag Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken zu ihren neuen Parteivorsitzenden gewählt.

Einstimmig beschlossen wurde zudem, Hartz IV zu überwinden und ein Bürgergeld einzuführen. So lange es Hartz IV noch gibt, sollen mögliche Sanktionen das Existenzminimum nicht mehr gefährden dürfen. Die SPD will eine neue Kindergrundsicherung schaffen, damit kein Kind in Armut aufwächst: Für ein gutes und gesundes Aufwachsen, für beste Bildung und Chancen. Die SPD tritt für die Stärkung der Tarifbindung, einen deutlich höheren Mindestlohn und mehr Arbeitszeitsouveränität ein.

Die SPD will die Schere zwischen Arm und Reich schließen und eine Besteuerung sehr großer Vermögen wieder einführen. Sie sollen einen Anteil leisten – für die Infrastruktur,

für bezahlbares Wohnen und für den Klimaschutz. Geplant ist ein gerechteres Steuersystem, mit dem alle mit kleinen und mittleren Einkommen weniger zahlen.

Auf dem Parteitag wurde klar: Wichtig ist, sozialdemokratische Politik in der Regierung umzusetzen – und gleichzeitig, Ziele über den Regierungsalltag hinaus zu entwickeln. Dabei geht es etwa um mehr Investitionen in Schulen, in schnelles Internet und eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Und es geht um eine sozialverträgliche und wirksame Klimapolitik.

Ob diese Zukunftsaufgaben mit CDU/CSU umgesetzt werden können, wird in den nächsten Wochen ausgelotet. Koalitionen sind immer nur Bündnisse auf Zeit. Wenn sich die gemeinsamen Inhalte erschöpft haben, die Differenzen zu groß werden und die bisherigen Erfolge zu trüben drohen, ist auch ein Ende der jetzigen Koalition denkbar. ■



(Abb. 5) Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken sind die neuen SPD-Bundesvorsitzenden. "Trotz nur 3 Stunden Nachtruhe kein Zeichen von Müdigkeit. Abstimmungs-marathon mit richtig guten Ergebnissen und fairem Miteinander taugen als Lebenselixier. Vielen Dank an alle, die uns ihre Stimme gegeben haben!" twitterte Norbert Walter-Borjans (@NowaboFM) am 7.12.2019

REFORM DES BERUFSBILDUNGSGESETZES – IHR ERNST FRAU KARLICZEK?!

Gastbeitrag: Robert Schilling, Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei COVESTRO, nimmt den Gesetzentwurf unter die Lupe



(Abb. 6) Robert Schilling



(Abb. 7) Auch den Bundesrat hat die Gesetzesnovelle des Berufsbildungsgesetzes mittlerweile passiert. Aus Sicht der DGB Jugend gibt es aber weiteren Reformbedarf.



(Abb. 8) Streitet an der Seite der Gewerkschaften für eine wesentliche Verbesserung im Berufsbildungsgesetz: Yasmin Fahimi, SPD-Bundestagsabgeordnete

Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) ist das zentrale Gesetz für die berufliche duale Ausbildung in Deutschland. Zentrale Fragen rund um die Ausbildung – die Rechte von Auszubildenden, die Eignung von Ausbildungsstätten bis hin zu Ordnungsverfahren – sind hier geregelt. Viele Stärken der beruflichen Bildung in Deutschland, wie z. B. die Beteiligung der Sozialpartner, sind in diesem Gesetz verankert.

Auch wenn mit der Verabschiedung des BBiG im Jahr 1969 eine wichtige Grundlage für die Regelung der Ausbildung geschaffen wurde, war das Ergebnis aus gewerkschaftlicher Perspektive trotzdem ein Kompromiss. Bereits damals haben wesentliche Elemente wie die Finanzierung und das Recht auf Ausbildung gefehlt. Auch wurden Zuständigkeiten und der Geltungsbereich nicht klar geregelt. Die letzte größere Novellierung fand im Jahre 2005 unter der rot-grünen Bundesregierung statt.

Themen, die für die Gewerkschaften zentral sind, wurden weiterhin nicht berücksichtigt. Es gibt deshalb noch immer kein Recht auf Ausbildung – "Ausbildung für alle" als Credo der Reform blieb ein frommer Wunsch, die Finanzierung blieb ungeklärt, die Weiterbildung ein ziemlich weißer Fleck. Die Zusammenarbeit von Berufsschule und Ausbildungsbetrieb, die Lernortkooperation, wurde nicht verbessert und die Fortentwicklung der Mitbestimmungsstrukturen, die den größten Mut des Gesetzgebers erfordert hätte, wurde nicht in Erwägung gezogen. Auch wenn es einige Verbesserungen gab, waren die Veränderungen überschaubar und die größeren Herausforderungen blieben unangetastet.

Der erste Entwurf für die jetzige Gesetzesreform den Bildungsministerin Karliczek (CDU) vorgelegt hatte war im besten Falle mangelhaft, aber eher ungenügend. Die einzige Forderung die aufgenommen wurde, ist die Mindestausbildungsvergütung, das aber leider nur halbherzig. Eine Mindestvergütung darf, wie auch der Mindestlohn, immer nur die absolute Untergrenze und Ausnahme sein. Der vorliegende Vorschlag des Bundesbildungsministeriums von 504 Euro im ersten Ausbildungsjahr und in den Folgejahren fünf, zehn und 15 Prozent mehr, ist nicht bedarfsgerecht und verbessert für kaum eine*n Auszubildende*n die finanzi-

elle Situation. Außerdem soll die Mindestausbildungsvergütung dem Vorschlag nach an das Schüler*innen-Bafög gekoppelt werden. Das lehnen wir entschieden ab. Azubis sind keine Schüler*innen sondern Teil des Betriebspersonals und eine angemessene Ausbildungsvergütung ist keine Sozialleistung! Wir stehen an der Seite des DGB, der Gewerkschaftsjugend und unterstützen die beschlossenen Forderungen.

Forderungen nicht berücksichtigt

Wir fordern, dass dual Studierende nicht nur einen definierten Ausbildungsvertrag mit dem Unternehmen haben müssen, sondern auch einen „betrieblichen Ausbildungsplan“, wie er für Azubis vorgeschrieben ist. Wir fordern, eine gesetzliche Freistellung der ehrenamtlichen Prüfer*innen für die Prüfungstage durch die Arbeitgeber – „ähnlich wie bei der Feuerwehr“. Ebenso eine ausreichende Anzahl ehrenamtlicher Prüfer*innen für die Gesellenprüfungen. Frau Karliczek will die Zahl in Teilbereichen sogar reduzieren.

Dieser erste Entwurf war für die DGB Jugend nicht akzeptabel. Nochmals sind wir aktiv geworden und konnten eine Menge Auszubildende mobilisieren. Wir sind aktiv in den Konflikt mit der Politik gegangen und das hat auch Wirkung gezeigt.

Wir forderten den Koalitionspartner, die CDU und die Bundesbildungsministerin auf, sich den Interessen der Auszubildenden nicht länger zu verschließen, um deren Situation nachhaltig und rechtssicher zu verbessern.

Das Ergebnis ist nun deutlich besser. Besonders ist hier Yasmin Fahimi (Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD Fraktion) zu erwähnen. Sie hat sich überaus engagiert für unsere Positionen eingesetzt und hat maßgeblich zu dem guten Ergebnis beigetragen.

Die wesentlichen Ergebnisse

Die Mindestausbildungsvergütung konnte nochmal verbessert werden. Sie beträgt 515 € im ersten Ausbildungsjahr und wird schrittweise bis 2023 auf 620 € erhöht. Im 4. Ausbildungsjahr wird bis auf 868 € angehoben.

Ein gesetzlicher Anspruch auf einen bezahl-

ten freien Tag vor der Abschlussprüfung für AZUBIS. Eine unbezahlte gesicherte Freistellung für ehrenamtliche Prüfer*innen.

Leider wurden die Praxisphasen des dualen Studiums sowie der betrieblichen-schulischen Ausbildungsgänge nicht in den Geltungsbereich des BBIG aufgenommen. Immerhin wird ein gemeinsamer Prozess von Bund, Ländern und Sozialpartnern aufgesetzt, um das Thema voran zu bringen. Wir sehen weiterhin dringenden Handlungsbedarf.

Seit Veröffentlichung des Referentenentwurfs im Januar 2019 konnten wir viele geplante Verschlechterungen für Auszubildende abwehren. Mit Blick auf den Gesamtprozess lässt sich festhalten, dass wir viele Forderungen durchsetzen und so Erfolge erzielen konnten. Wir werden nicht locker lassen und uns betrieblich, tariflich und in der Politik weiterhin stark machen für die Rechte der Auszubildenden und der dual Studierenden. ■

KURZ NOTIERT

- » **Empfang:** Zum SPD-Neujahrsempfang am Samstag, den 11. Januar 2019 um 11 Uhr im Bürgerhaus Leichlingen laden wir Sie ganz herzlich ein. Wir freuen uns auf Sie!
- » **Etatberatungen:** Der SPD-Antrag, einen Klimaschutzmanager für die Stadtverwaltung einzurichten, fand in der Haushaltsberatung eine Mehrheit. In der Haushaltsrede betonte der Fraktionsvorsitzende Matthias Ebecke, dass die Innenstadtentwicklung und die Schaffung von Wohnraum für Leichlingen hohe Priorität haben.
- » **System-Error:** Gemeinsam mit den Leichlinger Parteien Grüne und Linke und dem Katholischen Bildungswerk Rhein-Berg zeigt die SPD Leichlingen am 13. Januar

den Film "System-Error" von Florian Opitz. Der Film hinterfragt das immerwährende Streben nach Wachstum kritisch. Im Anschluss kann gemeinsam mit Sabine Leidig von attac Deutschland diskutiert werden. Einlass ist um 19 Uhr. Ort: Musiksaal an der Aula am Hammer (Gymnasium).

- » **Historisches:** Auf Einladung der SPD Leichlingen führen am 7.12. einige Bürgerinnen und Bürger nach Bonn um dort den "Weg der Demokratie" zu begehen. Unter sachkundiger Leitung von Herbert Schumacher wurde an bedeutenden Orten (z.B. Bundestag, Bundespressekonferenz und Villa Hammerschmidt) über das politische Geschehen im ehemaligen Regierungsviertel informiert. "Ein super interessanter Stadtspaziergang," so Gudrun Bachmann, eine der Teilnehmerinnen.

SYSTEM ERROR

(Abb. 9) Film-Abend am 13. Januar 2020



(Abb. 10) Halt am "Langen Eugen", früher genutzt für die Abgeordnetenbüros des Bundestags in Bonn

Auf der Suche nach neuen Aufgaben?

Sie suchen:

- › Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten
- › Umgang mit netten und engagierten Menschen
- › interessante Aufgaben und Anerkennung
- › Möglichkeiten sich für soziale Werte und Gerechtigkeit einzusetzen

Sie können:

- › zuhören
- › auf Menschen zugehen
- › Ziele entwickeln und sich dafür einsetzen
- › kommunikativ sein

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Dann melden Sie sich einfach beim SPD-Ortsverein unter info@spd-leichlingen.de oder per Telefon unter 02175 6727 (Ansprechpartnerin Roswitha Süßelbeck) oder 0172 1805095 (Ansprechpartner Tobias Rottwinkel). Oder sprechen Sie uns auf einer unserer Veranstaltungen einfach an.

Übrigens: Nichts und niemand verpflichtet Sie. Sie können sich gerne alles als Gast zunächst anschauen.

Dann machen Sie mit!

All' das kann Kommunalpolitik. Es erwartet Sie ein kollegiales und motiviertes Team.

Die SPD Leichlingen kümmert sich um die politischen Belange unserer Stadt. Uns geht es um das Allgemeinwohl, eine funktionierende Stadt für alle Altersgruppen mit guter Infrastruktur und einem Blick für Gerechtigkeit und Zusammenhalt.

Bei uns können Sie sich ehrenamtlich für Ihr direktes Umfeld engagieren.

INTEGRIERTES HANDLUNGSKONZEPT: ES TUT SICH WAS!

Leichlingen macht sich mit Förderanträgen auf den Weg: Umbau und Modernisierung der Innenstadt.

Endlich wird es konkret: Ende September beschloss der Stadtrat einstimmig, fristgerecht Förderanträge zur Umsetzung verschiedener Projekte aus dem Integrierten Handlungskonzept „Zukunft für Leichlingen“ (InHK) zu stellen. Erste Gespräche mit dem zuständigen Landesministerium wurden schon geführt!

Zur Erinnerung: Im Sommer 2018 beschloss der Stadtrat nach etwa zweijähriger Erarbeitung einstimmig das InHK. Es soll für die nächsten 10–20 Jahre eine Richtschnur sein, in welche Richtung sich Leichlingen entwickelt, wie sich die Stadt präsentieren und die Innenstadt aufgewertet werden soll. Dazu sollen Fördermittel beantragt werden. Zuvor konnten sich die Bürgerinnen und Bürger in Workshops aktiv einbringen und das wurde rege genutzt.

Störfeuer der CDU

So einmütig das Ergebnis klingt, dem Beschluss Ende September waren in den Sitzungen lange Diskussionen vorangegangen. Nachdem bereits Anfang Juli in einer Innenstadtkonferenz die Ideen von Planungsbüros für die Stadtparks der Öffentlichkeit präsentiert wurden, hatten Interessierte noch knapp zwei Monate die Möglichkeit, Anmerkungen zu machen. Die CDU indes hatte kurz vor knapp noch viele Anmerkungen und Kritikpunkte. Ohne Antragstellung zu Ende September hätte der Förderantrag, wie allen bekannt war, aber ein Jahr warten müssen. Stillstand wäre das Ergebnis gewesen. Die Verwaltung konnte alle Einwände erklären; am Ende nahm auch die CDU ihre Kritikpunkte zurück.

SPD für eine behutsame Weiterentwicklung

„Die Störfeuer der CDU gefährden wichtige Fördermittel. Wir wollen, dass es weitergeht und Leichlingen sich entwickelt und damit attraktiv bleibt. Wir stehen für eine behutsame Weiterentwicklung und wollen Leichlingen nicht – wie Andere – in den Dornröschenschlaf versetzen“, so Matthias Ebecke, SPD Fraktionsvorsitzender.

Gerade die Kombination aus Natur und zentraler, aber ruhiger Lage, ist ein Pfund mit dem Leichlingen wuchern kann: „Bewährtes be-

halten und neue Entwicklungen vorantreiben – das ist uns wichtig und dazu laden wir alle Leichlingerinnen und Leichlinger ein“, ergänzt der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Dominik Laufs

Gesamtvolumen: 7,7 Mio €

In der Tat, der Förderantrag hat es in sich: Investitionen in Höhe von 7,7 Millionen € für 12 Maßnahmen sollen in den kommenden 5 Jahren investiert werden.

Beantragt wurden nun Finanzmittel für folgende Projekte:

- » Aufwertung der Geschäftsstraßen und zentralen Plätze
- » Modernisierung der Stadtparks zum Erholen und Verweilen
- » Modernisierung Marktplatz Brückerfeld
- » Ausbau der Wege entlang der Wupper
- » Treff- und Bewegungsmöglichkeit für Jugendliche Am Hammer/Eicherhofpark
- » Aufwertung von Grünflächen rund um das Bürgerhaus, z.B. Urban Gardening, Insektenhotels
- » Stadtteilarchitekt zur Beratung von Wohnimmobilien und Geschäftsinhabern
- » Entwicklung eines Bürgerzentrums im „Alten Rathaus“ (ehemals Polizeiwache)

13 Bäume mehr für den Stadtpark

Ganz konkret steht bei einer Förderzusage im kommenden Jahr die Aufwertung und Modernisierung der beiden Stadtparks an.

Etwa 1,5 Millionen sollen hier investiert werden. Neue Sitzgelegenheiten, ein Spielplatzkonzept mit neuen Spielgeräten, mehr Pflanzen die an den Klimawandel angepasst sind und insgesamt 13 Bäume mehr als bislang, sind ebenso geplant, wie Verbesserungen für Veranstaltungen in den Stadtparks.

Zudem werden die Wegeverbindungen verbessert und Barrierenfreiheit erreicht: Schwellenlose Übergänge vom Busbahnhof in den Alten Stadtpark, sowie deutliche Qualitätssteigerungen der Fußgänger- und Radfahrermobilität auf den Achsen Montanusstraße und Neukirchener Straße sollen folgen.



(Abb. 11) Dominik Laufs, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung

60 % Fördermittel sind das Ziel

Die Stadt steht in den Startlöchern. Der Förderantrag ist dazu ein wesentlicher Schritt. Bei Genehmigung des Förderantrags werden etwa 60 % der Kosten durch Fördermittel des Bundes und Landes übernommen. „Das wäre ein großer Schritt für Leichlingen und ein

warmer Geldregen“, kommentiert Bürgermeister Frank Steffes mit der Hoffnung auf eine positive Rückmeldung. Mit einer Entscheidung über den Förderantrag wird im Frühjahr 2020 gerechnet. ■

VERKEHRSKONZEPT: EIN BAUSTEIN. KEIN ALLHEILMITTEL!

Seit längerer Zeit steht die Forderung nach einem Verkehrskonzept für Leichlingen im Raum.

„Die SPD-Fraktion ist und war immer der Meinung, dass ein Verkehrskonzept durchdacht sein muss, wenn die Stadt etwa 100.000 Euro in ein solches Konzept investiert. Das heißt für uns: Das Konzept muss zum richtigen Zeitpunkt erstellt werden. Es gab vor drei Jahren die Sanierung der A542 und im vergangenen Jahr die Sanierung der Immigrather Straße, die die Verkehrsflüsse deutlich beeinflusst haben. Daher war es nicht sinnvoll ein Verkehrskonzept in diesem Zeitraum zu beauftragen. Die Datengrundlage einer Verkehrszählung wäre verfälscht gewesen. Zuletzt hat der Rheinisch-Bergische Kreis ein Mobilitätskonzept erstellt und auch Leichlingen hat einen „Maßnahmenkatalog Mobilität“ beschlossen. Die Erhebungen und Beschlüsse dafür wurden abgewartet, damit sie in ein Leichlinger Verkehrskonzept einfließen können. Auch auf Bitte des Kreises haben wir das Verkehrskonzept für Leichlingen daher ein weiteres Mal zurückgestellt“, begründet Tobias Rottwinkel, Ratsmitglied für die SPD. Aus diesen Gründen erfolgte die Umsetzung bisher noch nicht. Nun kann aber geplant werden.

Aufgabenstellung: Problembereiche genau beleuchten – Lösungen aufzeigen

In Leichlingen gibt es einige Problembereiche – zum Beispiel Lücken im Radwegenetz, unzureichende Taktungen der ÖPNV-Angebote oder Engpässe zu Zeiten des Berufsverkehrs. Die SPD-Fraktion erhofft sich von einem Verkehrskonzept durchdachte und umsetzbare Lösungsvorschläge, um den Verkehr in Leichlingen zu verbessern. Ein Verkehrskonzept kann aber nur ein erster Baustein sein und soll Lösungen präsentieren. Damit ist aber noch keine einzige Maßnahme umgesetzt oder finanziert. Das heißt leider auch: Fertige

Konzepte alleine lösen keine Probleme. Insofern sagt die SPD-Fraktion: „Ja, wir möchten ein Verkehrskonzept in Auftrag geben, aber wir möchten auch gezielt vorgeben, welche Punkte dabei besonders beleuchtet werden müssen.“

Nahmobilität soll im Fokus stehen

Die Sozialdemokraten haben im August beantragt, dass die Verwaltung bei der für 2020 vorgesehenen Beauftragung eines Verkehrsplaners, die Themen „Pendlerströme“ und „Nahmobilität“ als Schwerpunkte festlegt. Wir wollen ein Augenmerk darauf werfen: Welche Schwachstellen haben wir gerade auf den Hauptverkehrsachsen und Ausfahrtstraßen im Berufsverkehr?

Zum Zweiten soll nach dem Willen der SPD Leichlingen der Bereich Fuß- und Radverkehr besonders bearbeitet werden. Wir wollen insbesondere wissen, wo das Radverkehrsnetz und die Wegebeziehungen Schwachstellen aufweisen und welche Lösungsansätze es gibt, die Nahmobilität zu stärken.

„Die SPD-Fraktion erhofft sich als Ergebnis dieses Verkehrskonzeptes einen Katalog umsetzbarer Maßnahmen, die Verbesserungen für die tägliche Mobilität der Leichlingerinnen und Leichlinger bringen können. Bei aller Hoffnung ist aber auch klar: Wir haben keine revolutionären Vorschläge zu erwarten. Eine neue Umgehungsstraße oder zusätzliche Fahrspuren zum Beispiel werden an fehlenden Flächen scheitern. Wenn der motorisierte Individualverkehr auch in den nächsten Jahren gleich bleibt oder sogar weiter ansteigt, wird es auch weiterhin in den Hauptverkehrszeiten stockenden Verkehr auf den Hauptverkehrsachsen geben. Wer anderes behauptet, streut den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen. Da stellt auch ein Verkehrskonzept kein Allheilmittel dar,“ ergänzt Tobias Rottwinkel. ■



(Abb.12) Tobias Rottwinkel, Ratsmitglied und Sprecher der SPD im Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Betriebe: "Konzepte alleine lösen keine Probleme."

Schlimmer geht immer!

**Samstag, 28. März, 19 Uhr &
Sonntag, 29. März, 18 Uhr**
Aula am Hammer, Leichlingen

Eintritt 16 €

Kartenverkauf: Buchhandlung Gilljohann, Im Brückerfeld 11
Schmuckatelier Höhn, Brückenstr. 14 a
Telefonisch: Erika Benner (0 21 75) 16 51 15
Christiane Bornmann (0 21 75) 37 21



(Abb. 13) Liederabend im
Weyermannsaal

DIE WEIBS-BILDER SANGEN IM BÜRGERHAUS

Einen Kleinkunstabend der besonderen Art erlebten ca. 75 BesucherInnen am 9. November im Bürgerhaus. Die Leichlinger WEIBS-BILDER hatten unter dem Motto „Brillant, erfrischend, frech“ zu ihrem 8. Liederabend eingeladen. Das Publikum schwärmte von einem unvergesslichen Abend, an dem Texte und Musik super zusammen passten. Folgender Kommentar erreichte uns über die sozialen Medien. „Herzlichen Dank für Gesang und Performance mit schlaun Texten von nachdenklich bis lustig zu unterhaltsamen

Melodien... und es war fast märchenhaft, ganz unerwartet in eine „Glitzerdusche“ getaucht zu werden.“

Zurzeit arbeiten die Kabarettistinnen intensiv am neuen Programm für 2020. „Schlimmer geht immer!“, so das Motto für die Veranstaltungen am 28. und 29. März 2020. Es gibt viele kreative Ideen, die in den nächsten Wochen geprobt und auf die Bühne gestellt werden. Dazu laden die WEIBS-BILDER schon heute herzlich ein. Karten für 16 Euro sind ab sofort erhältlich und eignen sich hervorragend auch als Weihnachtsgeschenk. ■

AN DIE RADFAHRER DENKEN – BEI PLANUNG UND NEUBAU DER „HENLEY-BRÜCKE“

Zur Zeit ist die als „Henley-Brücke“ bekannte Holz-Fußgängerbrücke am Brückerefeld wegen dringlicher Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen gesperrt. Bereits seit einigen Jahren ist bekannt, dass die Brücke zunehmend im Bestand gefährdet ist, da das verbaute Holz morsch ist.

Die SPD-Fraktion hat beantragt, bei einem Neubau einer Brücke an gleicher Stelle auch das Thema Radverkehr frühzeitig zu berücksichtigen. „Ein zukünftiges Brückenbauwerk muss aus unserer Sicht zwingend auch mit dem Fahrrad nutzbar sein. Die neue Brücke sollte daher so geplant werden, dass ein Begegnungsverkehr von Radfahrern und Fußgängern in beide Wegerichtungen ohne Komplikationen möglich ist,“ erläutert Ratsmitglied Tobias Rottwinkel den SPD-Antrag.

„Des Weiteren fordern wir, dass dann die Zuwegungen zur Brücke, also über das Brückerefeld und über den künftigen „Rathausplatz“ am neuen Bauprojekt auf dem jetzigen Tankstellen-/Kaufpark-Grundstück so überplant werden sollten, dass hier dem Radverkehr ausreichender Raum eingeräumt wird.“

Außerdem regt die SPD an, die Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten an der jetzigen Brücke auf die notwendigsten Maßnahmen zu beschränken. Damit soll der Bestand gesichert werden und die Brücke weiter nutzbar sein. Darüber hinaus sollte kein weiteres Geld investiert werden, sondern der Neubau schnellstmöglich geplant und gebaut werden. ■



(Abb. 14) Zur Zeit gesperrt;
hoffentlich bald repariert;
mittelfristig dann durch
einen Neubau zu ersetzen
– die Henley-Brücke



Herausgeber: SPD-Ortsverein Leichlingen
Roswitha Süßelbeck (Ortsvereinsvorsitzende)
SPD-Büro, Bahnhofstraße 7, 42799 Leichlingen
Büro-Zeiten: Mo. 15.00 – 17.00 Uhr und Mi. 10.00 – 12.00 Uhr
od. nach Absprache, Ansprechpartnerin: C. Müller
Telefon: 0 21 75 - 23 77 | Telefax: 0 21 75 - 7 35 73
E-Mail: info@spd-leichlingen.de

Redaktion: K. Behnke, C. Bornmann, D. Laufs, T. Rottwinkel (Layout/
Satz), R. Rünker, R. Schilling, R. Süßelbeck
Bilder: Norbert Walter-Borjans (5), Michael Werner Nickel/
pixelio.de (7), Pässler, Sundermann u. Partner (1,2), T. Rottwinkel (4,14), SPD Leichlingen (3,11,12), R. Schilling (6),
SPD-Parteivorstand (8), WEIBS-BILDER (13), M. Woditsch (10)
Druck: Auflage 10.000 Stk., Druckerei Moosdruck Leverkusen